

Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 70 (1999)
Heft: 5

Artikel: Ist mit Familien kein Staat zu machen?
Autor: Halder, Reimar
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-812928>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IST MIT FAMILIEN KEIN STAAT ZU MACHEN?

Von Reimar Halder

Im zweiten Teil der Vortragsreihe des Schweizerischen Sozialarchivs zur Zukunft der Familie befassten sich Dr. Heinrich Nufer und Dr. Kurt Huwiler mit der Familienpolitik in der Schweiz. Sie vermissen eine gesamtschweizerische Konzeption in der Sozialpolitik. Welche Verbesserungen der Rahmenbedingungen sind denn besonders angezeigt?

Das Zürcher Marie Meierhofer-Institut für das Kind setzt sich ein für die grundlegenden Bedürfnisse des Kindes, für gedeihliche Lebensbedingungen und für die Chancengleichheit aller Kinder. Es wurde 1957 unter dem Namen «Institut für Psychohygiene im Kindesalter» von Dr. Marie Meierhofer gegründet und 1978 nach ihrem altersbedingten Rücktritt umbenannt. Der Erziehungswissenschaftler Heinrich Nufer ist seit 20 Jahren sein Leiter, Kurt Huwiler sozialwissenschaftlicher Mitarbeiter.

Die Vorsteherin des Sozialarchivs, Frau Dr. Anita Ulrich, sprach einleitend einige Sätze über die veränderte Rolle und Bedeutung der Familie. Ehe und Familie seien nicht mehr zwingender Bestandteil eines Lebensentwurfs, sondern lediglich noch eine von mehreren Optionen.

Heinrich Nufer drehte die Grundfrage des Abends in die Feststellung um: «Ohne Familien ist kein Staat mehr zu machen.» Ohne genügend Nachwuchs kann auch der Staat seine gesellschaftspolitischen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen, wodurch für den Referenten klar ist, «dass Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft zu den erträglichsten und wichtigsten gehören». Pro Jahr gibt es in der Schweiz 38 000 Frauen, die ihr erstes Kind zur Welt bringen, und trotz kleinen Kinderzahlen ist immer noch ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft mit der Erziehung kleiner Kinder beschäftigt. Leider wüssten zu wenige Institutionen um den Wert von guten Startbedingungen im Leben, bedauerte er. Bundesgelder seien keine für sein Institut reserviert und nur sehr wenige Gemeinden würden sie unterstützen. Immerhin erwähnte er lobend die namhaften Unterstützungsbeiträge von Stadt und Kanton Zürich.

Ein Videofilm mit dem Titel «Getrübte Mutterfreuden» porträtierte drei Mütter mit Kindern im Vorschulalter. Er gab kommentarlos Originalaussagen der Mütter wieder, die ihre Erziehungsaufgaben durchgehend als schwieriger als erwartet erleben. Sie redeten von

neuen Gefühlen und von gelegentlicher Hilflosigkeit. Dass bei aller Arbeit die positiven Erlebnisse die negativen dominieren, betonten alle. Die Kinder wurden in Situationen beim Spielen und im Haushalt gezeigt, wie sie manchen Zuhörern im Saal, gut hörbar, vertraut waren. Kinder erziehen sei etwas anderes als eine «8-bis-17-Uhr-Stelle» sagte eine Mutter. Man müsse sich seine freie Zeit immer genau dann nehmen, wenn sie kommt.

Der Sozialwissenschaftler Kurt Huwiler untersuchte im Rahmen des Nationalfondsprojekts «Familie mit Kleinkind» unter anderem Fragen nach Faktoren, die die familiäre und persönliche Situation der Eltern und ihrer Kinder beeinflussen und nach Unterstützungswünschen der Mütter. Seit 1991 befragte sein Team 180 Mütter jährlich, bis das erste Kind in den Kindergarten ging. Auf die Frage: «Was hätte Ihnen im letzten Jahr geholfen?» standen «gute, günstige und flexible Kinderbetreuungsmöglichkeiten» zuoberst. Auch Beratungen, Elternbildung, Treffpunkte oder Familienzentren und Haushalts- und Putzhilfe oder Mahlzeitdienste wurden regelmässig erwähnt. 59 Prozent der Frauen wären zumindest einmal auch um finanzielle Unterstützungen froh gewesen, 16 Prozent waren dies sogar bei drei oder mehr Befragungen. Diese nehmen damit zwar lediglich Rang sechs ein, doch sind die Geldnöte für die Frauen, die sie erwähnen, grösstenteils wohl besonders gravierend.

Für die Referenten war klar, dass das soziale System der Familienunterstützung mangelhaft ist. Fühlen sich Mütter sicher und unterstützt, dann hat dies ganz konkrete Auswirkungen auf Gesundheit und Entwicklung. Heinrich Nufer erwähnte, dass es in Ländern mit klar geregelter Schwangerschafts- und Kinderurlaub und mit staatlicher Familienunterstützung weniger Risikogeburten (4%) gäbe als in der Schweiz (7%). Die Familienpolitik gehe hierzulande viel zu sehr von einem Fürsorgegedanken aus, und sie würde bloss nachhinkende Schadensbegrenzung betreiben. Dabei

hätten unabhängig von Bildung und Beruf alle Frauen die gleichen Fragen der Mutterschaft zu beantworten. Und auf alle Familien können ähnliche Probleme zukommen. Es gibt nicht, wie die Nationalfondsstudie eigentlich davon ausgegangen war, sogenannte Risikofamilien. Probleme wie Arbeitslosigkeit, Drogen, Alkohol und psychische Probleme im weitesten Sinn stellen für jedes Familiensystem eine zu hohe Belastung dar.

Ein Problem von finanziellen Investitionen in die frühe Kindheit und in junge Familien sieht er darin, dass ihr Ertrag erst 20 Jahre später überprüfbar ist und dass sich die fehlenden sozialwissenschaftlichen Beweise zum Ertrag solcher Massnahmen einfach kritisieren lassen. So sei denn die schweizerische Sozialpolitik ein Flickenteppich ohne gesamtschweizerische Konzeption, der aber

“ **Ohne Familien ist kein Staat mehr zu machen.** ”

grundsätzlich neu zusammengesetzt werden und die sozioökonomischen Bedingungen verbessern müsse. Auf so einem Flickenteppich würden auch leicht familienpolitische Fortschritte aus einer wirtschaftlichen Schönwetterperiode kurzerhand wieder annulliert. Huwiler meinte an anderer Stelle, dass es zum Beispiel keine nationalen Daten zur Zahl der Krippen, der Krippenplätze oder jener der Betreuerinnen und Betreuer gäbe. Dies sei ebenfalls ein Hindernis, die Mängel zu benennen und wirksame Forderungen zu stellen. «Von Familienpolitik sind unzählige Akteure, Departemente, Ämter und alle Kantone und Gemeinden betroffen», sagte Nufer, «doch niemand fasst das Bestehende zusammen.» Es bestünden zum Beispiel kaum Fachstellen für Familienförderung, wie es sie für Wirtschaftsförderung oder jetzt auch für Gleichstellungsfragen gibt. Genauso wenig gäbe es ein Familienministerium auf Bundesebene und keine Lobby für kleine Kinder und junge Familien, stellte Huwiler fest. Nufer erzählte vom Zürcher «Schlupfhuus», einem Ort für Kinder, die vor Konflikten zu Hause fliehen und dort betreut werden können. Das «Schlupfhuus» hätte sich bewährt, die meisten Eltern kämen

nach familiären Problemen sehr bald vorbei und suchten das Gespräch mit dem Kind und mit Betreuern.

Einzelne Errungenschaften könnten für Heinrich Nufer immerhin eine kleine Basis einer künftigen Familienpolitik sein. Er denkt an die Kinderrechtskonvention der UNO, ein neues Vormundschafsgesetz, das einen wirksameren Kinderschutz gewähren sollte oder eine Klausel im Zivilrecht, wonach Massnahmen zugunsten des Kindes getroffen werden müssen, bevor Schäden für die Kinder entstehen.

Kurt Huwiler präsentierte Ergebnisse aus seiner Studie und zog daraus den Schluss, dass erhebliche Diskrepanzen herrschten, etwa zwischen der familiären Realität und der Lebenswelt und somit den Vorstellungen von vielen Politikern, Planern oder «Sozialexperten», aber auch zwischen der Bundesebene und den Kantonen und Gemeinden. Dass das Land 26 unterschiedliche Systeme für Kinderzulagen kennt, wo es um Beträge zwischen 150 und 250 Franken geht, findet er lächerlich.

Positiver beurteilte er, dass in der neuen Bundesverfassung einige substantielle Verbesserungen Erwähnung finden. So befasst sich Artikel 11 mit dem Schutz der Kinder und Jugendlichen und Artikel 8 verbietet Diskriminierung explizit auch aufgrund des Alters.

Doch die Verfassung ist nicht die einzige Vorlage, die in nächster Zeit die Hürde der Volksabstimmung erst noch zu überspringen hat. Allem voran die Mutterschaftsversicherung aber auch das Opferhilfegesetz und mehrere mögliche Initiativen haben direkte familienpolitische Auswirkungen.

In einer abschliessenden Diskussion meldeten sich auch verschiedene Zuhörerinnen und Zuhörer noch zu Wort. So sprach ein Herr über die Gefahr des grossen Arbeitsstresses, dem viele Väter ausgesetzt seien und der für Familien eine Belastung bedeute. Kurt Huwiler stellte dies nicht in Abrede, erwähnte aber auch, dass die Studie gezeigt habe, dass Mütter mit einer Erwerbsbeschäftigung sich im Durchschnitt glücklicher fühlten, als solche ohne. Doch die Arbeit hat in diesem Fall, wie er auch sagte, eine andere Qualität. Sie ist normalerweise zeitlich reduziert und hat die positive Funktion, Distanz zur Erziehungsarbeit zu schaffen. Ärmere Mütter, häufig Ausländerinnen seien dagegen oft gezwungen trotz eines kleinen Kindes voll zu arbeiten, während andere, Mütter mit weniger finanziellen Schwierigkeiten gerne arbeiten würden, aber wegen fehlendem Angebot an Teilzeitstellen nicht dazu kämen.

Es bestehen also ganz unterschiedliche Frustrationspotentiale. Solche Frustrationen erleben, sagte Kurt Huwiler, gerade auch gut ausgebildete Frauen, die einige Jahre ihre hohen beruflichen Qualifikationen ausspielen konnten und nun plötzlich mit ihren tiefen erzieherischen Kompetenzen konfrontiert sind.

Eine Frau schliesslich störte sich daran, dass in einer solchen Diskussion der emotionale Aspekt des Kinder betreuen und Mutter sein praktisch unerwähnt bleibt. Die Referenten, beide auch Familienväter, sind froh, ein Bekenntnis zum, von Familienpolitik selbstverständlich unabhängigen, Reichtum und zur Schönheit eines Familienlebens ablegen zu können. Doch ist diese Feststellung alles andere als ein Argument dafür, Fa-

milien und Kinder gesellschaftspolitisch zu vernachlässigen.

Adresse:

Marie Meierhofer-Institut für das Kind
Schulhausstrasse 64, 8002 Zürich

Literatur:

Huwiler, Kurt: *Herausforderung Mutterschaft*. Eine Studie über das Zusammenspiel von mütterlichem Erleben, sozialen Beziehungen und öffentlichen Unterstützungsangeboten im ersten Jahr nach der Geburt. Verlag Hans Huber, Bern 1995.

Marie Meierhofer-Institut (Hrsg.): *Startbedingungen für Familien*. Forschungs- und Erlebnisberichte zur Situation von Familien mit Kleinkindern in der Schweiz und sozialpolitische Forderungen. Verlag pro Juventute, Zürich 1998.

Videofilm:

Getrübte Mutterfreuden. Länge: 17 Minuten, Realisation: Zuzana Meisner, Produktion: Marie Meierhofer-Institut, 1998. (Im Verleih des Marie Meierhofer-Instituts)

Babylonia – Zeitschrift für Sprachunterricht und Sprachenlernen

BABYLONIA 4/98: DIE ZUKUNFT DER SPRACHEN IN DER SCHWEIZ: DAS GESAMTSPRACHENKONZEPT

Nahe an der Jahrtausendwende finden tiefgreifende Umwandlungen in allen Gesellschaften statt. Die Schweiz kann und soll sich diesem Innovationsprozess nicht entziehen. Im Gegenteil, unser Land hat es aufgrund seiner politischen und kulturellen Tradition in der Hand, ähnlich wie beim Aufbau der modernen Staaten im letzten Jahrhundert, eine Vorreiterrolle zu spielen. Dafür müssen aber u.a. die Ressourcen, welche sich aus der Mehrsprachigkeit und der Multikulturalität ergeben nicht nur ausgenutzt, sondern zu einer zentralen Komponente beim Entwurf künftiger Szenarien gemacht werden.

Dass dies zwar möglich ist, aber keineswegs von selbst geschieht, sondern eines politischen, kulturellen und wissenschaftlichen Efforts bedarf, zeigen die Beiträge in der neuesten Ausgabe von *Babylonia*. Die Nummer ist thematisch der Zukunft der Sprachen und insbesondere dem Gesamtsprachenkonzept gewidmet, das Zukunftsszenario, das von einer Arbeitsgruppe der Erziehungsdirektorenkonferenz erarbeitet wurde. Es wird dabei deutlich wie der Rhythmus der heutigen Entwicklung die behäbige, auf Kompromissuche ausgerichtete Entscheidungsmaschinerie schweizerischer Prägung überrollen und partikulären Interessen ökonomischer und technologischer Provenienz zum Durchbruch verhelfen kann. Dies lässt sich zum Beispiel an der Englischdebatte aufzeigen, welche die Komplexität aber auch den Reichtum der Sprachenfrage in den Schatten zu stellen droht.

Babylonia bietet zuerst eine umfassende Grundinformation zum Thema, etwa mit Beiträgen von Georges Lüdi, von Simone Forster und mit den wichtigsten Stellungnahmen zum Gesamtsprachenkonzept. Danach werden die Meinungen von involvierten Bildungspolitikern (G. Buffi, E. Buschor, C. Lardi, S. Sierro und H.U. Stöckling) in Form von Interviews präsentiert. Entscheidenden Diskussionsstoff bieten die Beiträge der Vertreter der italienischen (S. Bianconi) und romanischen Minderheiten (R. Arquint), welche die Perspektiven des Gesamtsprachenkonzepts scharf kritisieren, weil den Minderheitensprachen und damit einer wirklich mehrsprachigen und multikulturellen Zukunft das Wasser abgetragen würde. In diesem Sinne kritisch ist auch die Stellungnahme des Bundesamtes für Kultur, denn das Gesamtsprachenkonzept trage dem verfassungsmässigen Auftrag zur Förderung des Verständnisses zwischen den Sprachregionen zu wenig Geltung, vor allem durch eine auffallende Vernachlässigung des Italienischen. Im Beitrag der Nationalrätin C. Bülmann findet hingegen die Öffnung gegenüber den Migrantensprachen grundsätzlich Zustimmung, was aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass diese Öffnung kaum mit hoher politischer Akzeptanz rechnen kann.

Das Thema wird einerseits durch Informationen zur aktuellen Situation und zu den Perspektiven in den meisten Kantonen bzw. Regionen des Landes und andererseits mit didaktischen Vorschlägen zur Behandlung der Sprachenfrage im Unterricht vervollständigt.

Die Zusammenfassungen der Beiträge sind auf der Homepage abrufbar:

<http://babylonia.romsem.unibas.ch>

Die Nummer, welche mit der Unterstützung der EDK realisiert wurde, kann unter folgender Adresse bezogen werden: Babylonia, Postfach 121, CH-6949 Comano
Fax: 0041/91/941 48 65